An die

Abteilung Infrastruktur	January (1811 co. 6) & declaration)
01054 Dresden	Antrag auf Gewährung von Zuweisungen nach der Schulinfrastrukturverordnung - SchulInfraVO
Antragsteller der Maßnahme (Kreisangehöriger Raum)	
Angaben zum Antragsteller Name	Antragsteller ist Schulträger. Grundstückseigentümer.
Straße, Hausnummer	Kommunaler Träger einer öffentlichen Schule: Gemeinde Landkreis Zweckverband
PLZ Ort bei Kommunen: Gemeindekennziffer	Freier Träger einer genehmigten Ersatzschule, die gem. § 13 SächsFrTrSchulG durch den Freistaat Sachsen bezuschusst wird und dessen Wartefrist abgelaufen ist: Verein GmbH mit steuerlicher Anerkennung der Gemeinnützigkeit
Ansprechpartner Telefon Fax	Freier Träger einer staatlich anerkannten Internationalen Schule gem. § 11 Abs. 3 SächsFrTrSchulG:
E-Mail-Adresse	 □ Verein □ GmbH mit steuerlicher Anerkennung der Gemeinnützigkeit □ Sonstiges

Kundennummer

1.2 Bankverbindung

Kontoinhaber

IBAN (Eingabe ohne Leerzeichen)

Institut/Bank

1.3 Auszahlungsantrag

Der Antragsteller beantragt hiermit die Auszahlung der Zuweisung auf das oben angegebene Konto.

Die Zuweisung wird nach Bewilligung wie folgt ausgezahlt:

- 40 Prozent der Zuweisung nach Bestandskraft des Zuweisungsbescheides
- 50 Prozent der Zuweisung nach Vorlage des Verwendungsnachweises
- 10 Prozent der Zuweisung nach Prüfung des Verwendungsnachweises, soweit sich daraus keine Beanstandungen ergeben und keine Rückforderungen geltend gemacht werden.

2.	Angaben zur Schule /	Wohnheim /	ˈ Maßnahm
----	----------------------	------------	-----------

1	Angahan zur Schule	

Name der Schule		Dienststellenschlüssel
Straße, Hausnummer		Bemerkungen zur Schule
LZ Ort		
Schulart: Allgemeinbildende Schule Grundschule Allgemeinbildende Förderschule Oberschule/Mittelschule Gymnasium	Berufsbildende Schule Berufsschule Berufsfachschule Fachschule Fachoberschule Berufliches Gymnasium Berufsbildende Förderschule	Schule des 2. Bildungsweges Abendmittelschule Abendgymnasium Kolleg
Die Anzahl der Schüler (Voll- – einschließlich möglicher Au	,	
vor Durchführung	nach Durchführung	Die Schule bietet eine inklusive/integrative Beschulung. □ ja □ nein
Angaben zum Wohnheim		
Name des Wohnheims		Dienststellenschlüssel
Straße, Hausnummer		Bemerkungen zum Wohnheim
PLZ Ort		
PLZ Oft		
Schulart: Allgemeinbildende Schule	Berufsbildende Schule	Schule des 2. Bildungsweges
 □ Grundschule □ Allgemeinbildende Förderschule □ Oberschule/Mittelschule □ Gymnasium 	 □ Berufsschule □ Berufsfachschule □ Fachschule □ Fachoberschule □ Berufliches Gymnasium □ Berufsbildende Förderschule 	 □ Abendmittelschule □ Abendgymnasium □ Kolleg
weitere Angaben Programm	"Junges Wohnen":	
Maßnahmeart	Modernisierung / Neuerrichtung	Der Antragsteller erklärt mit Eingabe der weiteren Angaben zum Programm "Junges Wohnen", dass das Wohnheim für
Wohnfläche (in qm)		die Dauer der Zweckbindungsfrist mit Genehmigung der zuständigen Behörde (in Fällen des § 45 ff Sozialgesetzbuch
Plätze gesamt (Anzahl) davon Plätze barriefrei (Anzahl)		VIII des Landesjugendamtes Sachsen) betrieben wird. □ Der Antragsteller erklärt, dass eine Weitervermietung an einen privaten Betreiber und eine Bewirtschaftung mit Gewinnerzielungsabsicht des beantragten Vorhaben des Wohn heimes nicht erfolgt.
davon Plätze rollstuhlgerecht (Anzahl)		 □ Der Antragsteller erklärt, dass bei der Bewirtschaftung wird während der Zweckbindungsfrist sichergestellt ist, dass die geförderten Wohnheimplätze nur von solchen Schülern be- legt werden, die erklärt haben, sich insbesondere aufgrund ihres Einkommens nicht anderweitig am Markt angemessen am Schulort mit Wohnraum versorgen zu können.

-	υ
1	╒
i	≒
	Ξ
1	Ψ
	≥
.'	9
(כ
•	Ψ
	•

ď	
2007	
ď	7
Cotto	
30	
CAB GO1	
Z Z	
U)

Maßnahmebezeichnung	genden Fördergegenstand	beantragt:
		 Schulgebäude Schulaußenanlage Schulsporthalle Schulsportaußenanlagen Schulhort Wohnheim
ei Schulhort als Bestandteil der Gesamtbaumaßnahme: Der Schulhort befindet sich im Gebäude der Grund- oder Förderschule und ist im Bedarfsplan des örtlichen Trägers aufgenommen (Schulhorte an Grundschulen) bzw. als Ein- richtung gem. der Sächsischen Förderschulbetreuungsver- ordnung im Schulnetzplan enthalten (Schulhorte an Förder- schulen).	Infrastruktur - nur in Verbindung mit einer Baumaßnahme Bei Wohnheimen: Das Wohnheim befindet si bzw. dem Beruflichen Sch	ich in räumlicher Nähe zur Schule nulzentrum und ist Bestandteil de ie berufsbildenden Schulen.
Geplanter Maßnahmebeginn (TT.MM.JJJJ)	Geplantes Maßnahmeende (TT.MM.JJJJ)
urzbeschreibung der Maßnahme		
Finanzierungsplan / Bemessungsgrundlage Bemessungsgrundlage Als beantragte Bemessungsgrundlage dient:		
Weiter zu 3.1.1 Bemessungsgrundlage kann bei Neubau, Erweiterung und der Gesamtsanierung1 von Schulgebäuden, Schulsporthallen und Wohnheimen angewandt werden.	□ DIN 276 (2018-12 Kosten	im Bauwesen) weiter zu 3.1.
 Das Raumprogramm mit der Berechnung der Nutzfläche ist als Anlage beigefügt. 		
Hinweis: Bitte beachten Sie, dass nach etwaiger Erstellung eines möglichen Zuweisungsbescheides ein Wechsel zwischen der gewählten Bemessungsgrundlage nicht mehr möglich ist. Die Gesamtausgaben müssen mindestens 100.000 EUR betragen.		
3.1.1 Bemessungsgrundlage Kostenkennwerte		
st bei Komplexmaßnahmen wie Neubau Sporthalle und Neubau Schule (Schulcampus) mehrmals auszufüllen:		
	Betrag (in €)	Der Antragsteller ist gem.
		§ 15 UStG für das Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtig
und 700 der DIN 276 (Bauwerkskosten und anrechenbare Planungshono-		П
und 700 der DIN 276 (Bauwerkskosten und anrechenbare Planungshono- rare) in m² Kostenkennwert gem. SchullnfraVO - Anlage 1 pro m² Nutzfläche für die Ko-		☐ ja ☐ nein ☐ teilweise zu (in%)
und 700 der DIN 276 (Bauwerkskosten und anrechenbare Planungshono- eare) in m² Kostenkennwert gem. SchullnfraVO - Anlage 1 pro m² Nutzfläche für die Ko- stengruppen 300, 400, 500 und 700 der DIN 276		nein
beantragte Nutzfläche zur Zuweisung für die Kostengruppen 300, 400, 500 und 700 der DIN 276 (Bauwerkskosten und anrechenbare Planungshonorare) in m² Kostenkennwert gem. SchullnfraVO - Anlage 1 pro m² Nutzfläche für die Kostengruppen 300, 400, 500 und 700 der DIN 276 beantragte zuweisungsfähige Ausgaben (Brutto) Gesamt Es wird bestätigt, dass die o. g. Nutzfläche überwiegend schulisch genutzt wird.		nein

¹ Mit der Realisierung der Baumaßnahme wird ein neuwertiger Gebäudezustand geschaffen, so dass in den Folgejahren keine weiteren Investitionen erforderlich sind. Die Durchführung der Baumaßnahme bei laufendem Betrieb ist nicht möglich. Der Freizug des zu sanierenden Gebäudes ist erforderlich.

ď)
VON (5
7	r
1	2
Spito	3
3	2
601	
AAR	פָ
d	ì

	3.1.2 Bemessung	sgrundlage DIN 276			
	Kostengruppe	Gesamtausgaben (in €)	davon zuweisungsfä	hig (in €)	Der Antragsteller ist gem. § 15 UStG für das Vorhaben
	100				zum Vorsteuerabzug berechtigt:
	200				□ ja □ nein
	300				teilweise zu (in%)
					Hinweis: Wenn der Antragsteller für dieses Vorhaben
	400				zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Ausgaben ohne Umsatzsteuer anzugeben.
	500				gabon onno omoatzotodor diizagobon.
	600				
	700				
	800				
	Summe				
		ungsfähigen Ausgaben aVO sind mir bekannt u			
	Bemerkungen				
3.2	Einnahmen				
J			Betrag (in €)		Communalen Trägern: Sicherung der Gesamtfinanzierung stellt die SAB Vor-
	Beantragter Fördersatz	Z		finan	zierungsdarlehen und Förderergänzungsdarlehen zur igung. Näheres finden Sie unter www.sab.sachsen.de in
	Beantragte Zuweisung	:			Programmen "Kommunalfinanzierung/Vorfinanzierung".
					e Bereitstellung eines Vorfinanzierungsdarlehens in nach- gender Höhe wird benötigt:
	Eigenmittel			V	orfinanzierungsdarlehen (in €)
	Drittmittel				
				V	Yorgesehener Abruf (MM.JJJJ)
	S				e Bereitstellung eines Förderergänzungsdarlehen in nach- gender Höhe wird benötigt:
	Summe			F	örderergänzungsdarlehen (in €)
A Internity of					
Section				V	Yorgesehener Abruf (MM.JJJJ)
3.3	Vergleich Ausgabe	en - Einnahmen			
			Betrag (in €)		
	Summe Ausgaben				
	Summe Einahmen				
	Summo Linarillicii				

Weitere Zuweisungsvoraussetzungen und einzureichende Unterlagen

Die nachfolgend aufgeführten Unterlagen sind Voraussetzung für die Gewährung der Zuweisung. Sie sind diesem Antrag beizufügen. Auf Anfrage der SAB sind im Einzelfall weitere Unterlagen einzureichen.

- Zeitplan für die Realisierung der geplanten Maßnahme (Bauablaufplan)
- Nur bei Kostenkennwerte: Raumprogramm mit der Berechung der Nutzfläche / Nur bei DIN 276: Berechnung nach DIN 276 (zweite Gliederungsebene)
- Eigentumsnachweis / Nutzungsvereinbarung für das Investitionsobjekt

Bei Maßnahmen von freien Trägern zusätzlich:

- aktueller Vereinsregisterauszug bzw. aktueller Handelsregisterauszug bzw. Kopien von Dokumenten, die den Nachweis über das Bestehen der juristischen Person erbringen (Gründungsdokument, öffentliches Verzeichnis, Vertretungsbescheinigung, gesetzliche Grundlagen etc.)
- bei juristischen Person des Privatrechts unbeglaubigte Kopie des gültigen Personalausweises/Reisepasses der gesetzlichen Vertreter/der Verfügungsberechtigten
- Anzeige eines Zeichnungsbefugten (Unterschriftsproben VD 61547-1)
- Nachweis der Eigenmittel (Kontoauszug oder Bankbestätigung)

5. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit sowohl der vorstehenden als auch der in den Anlagen zum Förderantrag gemachten Angaben. Dem Antragsteller ist bekannt, dass falsche Angaben den Widerruf der Zuweisung und die Rückerstattung bereits ausgezahlter Beträge nebst Verzinsung zur Folge haben können.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Zuweisungsgewährung nicht besteht und auch nicht durch die Antragstellung begründet wird. Dem Antragsteller ist die SchullnfraVO in der jeweils gültigen Fassung bekannt.

Der Hauptverwaltungsbeamte bzw. der Vertretungsberechtigte des Trägers der genehmigten Ersatzschule oder des Trägers der staatlich anerkannten Internationalen Schule erklärt, dass die Zuweisungsvoraussetzungen vorliegen.

Der Hauptverwaltungsbeamte bzw. der Vertretungsberechtigte des Trägers der genehmigten Ersatzschule oder des Trägers der staatlich anerkannten Internationalen Schule erklärt, dass die Gesamtbaukosten einer wirtschaftlichen und sparsamen Planung entsprechen und die Zuweisung ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahme verwendet wird.

Der Hauptverwaltungsbeamte bzw. der Vertretungsberechtigte des Trägers der genehmigten Ersatzschule oder des Trägers der staatlich anerkannten Internationalen Schule erklärt, dass die Gesamtfinanzierung der Baumaßnahme gesichert ist.

Hauptverwaltungsbeamte bzw. Vertretungsberechtigter des Trägers der genehmigten Ersatzschule oder des Trägers der staatlich anerkannten Internationalen Schule

Ort	
Datum	

Der Hauptverwaltungsbeamte bzw. der Vertretungsberechtigte des Trägers der genehmigten Ersatzschule oder des Trägers der staatlich anerkannten Internationalen Schule erklärt, dass die Angaben zur Vorsteuer der Richtigkeit entsprechen.

Der Hauptverwaltungsbeamte bzw. der Vertretungsberechtigte des Trägers der genehmigten Ersatzschule oder des Trägers der staatlich anerkannten Internationalen Schule erklärt, dass die Baumaßnahme nicht über ein anderes Förderprogramm gefördert wird und dass gegebenenfalls parallel eingereichte Förderanträge spätestens zum Zeitpunkt einer Zuweisung zurückgenommen werden, um eine Doppelförderung zu vermeiden.

Es wird bestätigt, dass die Schule nicht in einem festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet liegt.

☐ ja ☐ nein

Falls Sie das Feld "nein" angekreuzt haben, reichen Sie bitte die Genehmigung oder Zustimmung der zuständigen unteren Wasserbehörde ein.

Datenschutzhinweis

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - gemäß § 8 a Förderbank-Gesetz zur Erfüllung ihrer Aufgaben befugt ist, personenbezogene Daten von Antragstellern und Kunden der Bank zu verarbeiten.

Der Antragsteller erklärt, dass er das Datenschutz-Informationsblatt DSGVO (VD 64005) erhalten und den Inhalt zur Kenntnis genommen hat.

Dienstsiegel Stempel Unterschrift		

Der Bauplaner bestätigt, dass die geplante Gesamtsanierung wirtschaftlich einem Neubau entspricht.

Der Bauplaner bestätigt, dass mit der Realisierung der Baumaßnahme ein neuwertiger Gebäudezustand geschaffen wird, so dass in den Folgejahren keine weiteren Investitionen erforderlich sind.

Der Bauplaner bestätigt, dass die Durchführung der Baumaßnahme bei laufenden Betrieb nicht möglich ist, der Freizug des zu sanierenden Gebäudes ist erforderlich.

Bauplaner	
Name	Firma
Ort	Dienstsiegel Unterschrift
Datum	

7. Bei Neu- und Erweiterungsbauten:

Der Antragsteller bestätigt, dass eine Mindestgrundfläche von 70,0 m2 pro Klassenraum und Fachkabinett nicht unterschritten wird.

Hauptverwaltungsbeamte bzw. Vertretungsberechtigter des Trägers der genehmigten Ersatzschule oder des Trägers der staatlich anerkannten Internationalen Schule

Name			
Ort			
Datum			

Dienstsiegel Unterschrift		